

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 Mk. vierteljährlich inklusive
Befragsgeld.
Eingelohnung 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie

für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 77.

Bielefeld, Donnerstag, 1. April 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Eine große Kundgebung des deutschen Mittelstandes zugunsten der in der Reichsfinanzreform vorgesehenen Nachlasssteuer ist für die erste Hälfte des April in Aussicht genommen. Die Professoren Adolf Wagner (Berlin) und Conrad (Galle a. S.) und nach ihnen zahlreiche Vertreter aller Berufsstände werden über das Thema „Mittelstand und Reichsfinanzreform“ sprechen. Da sich außer der Deutschen Mittelstandsvereinigung auch der Bund der Beamten mit 250 000, der Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands mit 273 000, die Privatbeamtenvereinigungen mit 180 000, die Rabattparvereine mit 50 000, die deutschen Grundbesitzervereine mit fast 100 000 Mitgliedern, sowie die kaufmännischen Vereine an der Kundgebung des Mittelstandes beteiligen, dürfte die Versammlung, die weit über eine Million Angehöriger des deutschen Volks repräsentiert, wie geschrieben wird, noch viel bedeutungsvoller werden als diejenige des Bundes der Landwirte im Jülich-Buch. Gutem Vernehmen nach soll Reichsfinanzminister Fürst Bülow sein Erscheinen auf einem anschließenden Festmahl in sichere Aussicht gestellt und erklärt haben, daß er dabei Gelegenheit nehmen werde, den Standpunkt der Reichsregierung in dieser wichtigen Frage zu präzisieren. An die Regierung ist die Bitte gerichtet worden, den Delegierten der Handwerkervereinigungen zu gestatten, auf Kosten der Innungen an der Erörterung dieser „rein wirtschaftlichen“ Frage teilzunehmen. Dem Eisenbahnministerium ist der Antrag unterbreitet worden, Ertragssteuern bereits zu stellen und die üblichen Ermäßigungen für Gesellschaftsfahrten zu gewähren.

Zentrumschwandel. Ende voriger Woche hat bekanntlich die Finanzkommission in ihrer agrarischen Mehrheit beschlossen, die Brantweinsteuer über den Regierungsvorschlag hinaus auf 20 Mk. zu erhöhen, ohne eine künftige Minderung der Brennweinsteuer zugesprochen. Ferner hat man den Brantweinbrennern für die nächsten vier Jahre noch eine Extrasteuer in Höhe von zehn Millionen Mark jährlich bewilligt. Mit dieser Tat des Zentrums vergleicht man die folgende Stelle in einer vom Volksverein für das katholische Deutschland herausgegebenen Broschüre „Die Steuerpolitik des Zentrums“, in der es auf Seite 9 heißt:

„Gegen die mit der Brantweinsteuer verbundene sogenannte Liebesgabe, welche die Liberalen und Konservativen im Jahre 1887 bei Annahme des Brantweinsteuergesetzes durchzusetzen verstanden haben, hat sich das Zentrum wiederholt mit aller Entschiedenheit ausgesprochen und deren Beseitigung verlangt, zuletzt noch im Frühjahr 1906 gelegentlich der Finanzreform. Die liberalen und konservativen Brantweinbrenner erfreuen sich jedoch zu großer Protektion, daß alle Anstrengungen, den Umfang der Brantweinliebesgabe abzuschnitten, bisher vergeblich gewesen sind.“

Auch in der Budgetkommission hat sich in den letzten beiden Jahren der Abgeordnete Ergerer heftig gegen die Liebesgaben ausgesprochen und ihre Zahlung als „Skandal“ und „Belächelung für ihre Empfänger“ bezeichnet. Die Agrarier haben aber jetzt die Oberhand, vielleicht wesentlich deshalb, weil das Voraussetzen für den neuen konfessionell-meritalen Block wäre.

Im Wahlkreis Akenan-Rodem-Zell wurde der Zentrumsmann Baul mit 12 407 Stimmen gewählt. Weiter entfielen Stimmen auf David (Soz.) 483 und Mäher (parteilos) 453 Stimmen. Im Jahre 1907 erhielt der Zentrumskandidat 17 168 Stimmen, der sozialdemokratische Kandidat 59 Stimmen. Die sozialdemokratischen Stimmen sind also um 424 Stimmen gestiegen. Der Wahlkreis selbst ist eine der sichersten Domänen des Zentrums.

Die Elektrifizierung der Bahnen. Die „Münchener Post“ schreibt: „Im Anschluß an eine Konferenz, die vor drei Jahren stattfand, haben am 29. März in Berlin neue Verhandlungen zwischen den Vertretern des Reichs-Eisenbahn-Amtes, der Reichs-Militär-Behörde und der bayerischen Staatsbahnen stattgefunden, die über die Elektrifizierungsmöglichkeit der südbayerischen Eisenbahnen verhandelt, der die Reichsmilitärbehörde bisher Widerstand entgegengeleitet hat. Es handelt sich um die Elektrifizierung der südbayerischen Staatsbahnen im Anschluß an das große Altmühl-Projekt.“

Agrarische Steuerfragen. Mit großer Entrüstung weisen die Agrarier die Behauptung zurück, daß sie sich von den Steuern zu drücken pflegen. Trotzdem beweisen eine ganze Menge Beispiele das Gegenteil. Ein solcher Fall stellt sich, daß der Besitzer zweier Rittergüter in der Provinz Posen, der auch seinen Kindern Rittergüter gekauft hatte, jährlich 40 Mark Einkommensteuer zu bezahlen hatte, weil er bei der Selbstverpflichtung ein jährliches Reineinkommen von 1800 bis 2100 Mark angegeben hatte. Die Behauptung des Professors Delbrück, daß den Agrariern gegenüber außerordentliche Nachsichtigkeit bei der Steuererschätzung geübt wird, wird auch durch dieses Beispiel neuerdings bewiesen.

Die Norddeutsche Allgemeine über die innerpolitische Debatte. Das Organ des Fürsten Bülow ist äußerst hoffnungsvoll; es wird der von einem antisemitischen Redner geäußerten Ansicht zugestimmt, daß der Block nicht umzubringen sei, wenn er sich scharf gegen die Juden stellen könne. Enttäuscht über den Verlauf der Verhandlungen werden diejenigen sein, die einen dramatischen Blockbruch erwarteten. Trotz scharfer, vielleicht oft übertrieben scharfer gegenseitlicher Auseinandersetzungen sei in der Frage der Fortexistenz des Blockes im wesentlichen alles in der Schwebe geblieben. Der ganze Artikel ist darauf zugeschnitten, daß es gelingen wird, während der Osterferien die Einigkeit im Block wieder herzustellen. Allerdings ist es eine Frage, ob die süddeutschen Demokraten nach den scharfen Auseinandersetzungen des Abgeordneten Saumann nicht wieder als eine selbständige Fraktion sich zusammenschließen.

Blockfraktion in Sicht! Die „Kreuzzeitung“ findet in ihrer Abendausgabe vom Mittwoch, daß durch die Reichstagsdebatte vom Dienstag das baldige Zustandekommen der Finanzreform sehr gefährdet wurde. Bezugnehmend auf die Erklärungen der Abgeordneten v. Nibbeling, Fürst v. Bismarck, v. Bismarck v. Sonnenberg und Zimmermann meint die „Kreuzzeitung“:

Rechte ist also in der wichtigsten tatsächlichen Frage einig. Wir weisen auch nicht daran, daß sie sich wieder auf demselben Boden zusammenfinden wird. Ihre scheinbare Trennung in der Frage der Spiritussteuer wird von den Gegnern mit vertriebenem Siegesjubel begrüßt. Die Abstimmung der ersten Kommissionslesung ergab nur eine Zufallsmehrheit, und wurde nur vorgenommen, um kein Vakuum entstehen zu lassen; sie ist für alle Parteien unverbindlich.

Aus dem Landtag.

Die Berggesetz-Kommission des preuss

stehen gemacht werden. Sie hören aus den konservativen Reden auch bereits das Zugeständnis heraus, daß sich auch diese Partei entgegenkommend zeigen werde.

Das scheint auch eine Bemerkung der „Kreuzzeitung“ zu be-
stärken, die heute sagt: „Die Rede des Reichsanwalters übte eine
bedeutende Wirkung aus. Auch auf konservativer Seite wurde
sie mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Es ist zu hoffen, daß
sie sich von wesentlichen förderndem Einfluß auf den erpriehtlichen
Fortgang der Reichsfinanzreform erweisen wird.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ versichert abermals, daß sie die
Nachschäfer bekämpfen werde, so lange das ihr möglich sei,
und sie propagiert den Gedanken eines Zusammengehens mit
der Zentrumspartei.

Die „Germania“ endlich sucht die auffällige Zurückhaltung
des Zentrums damit zu erklären, daß das Zentrum über dem
Streit der Blockparteien um die Finanzreform stehe. Ueberdies
sei das Zentrum von keiner Seite provoziert oder wegen seines
Verhaltens in der Finanzreform angegriffen worden.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt über das gestrige Ver-
halten des Reichstages: „Diesmal sollte nach dem Willen der
Mehrheit der Abgeordneten die Reichstagskammer zum Tribunal
werden. Man sollte zum mindesten mit dem Reichsanwalt ein-
mal gründlich Abrechnung halten. Aber aus dem Angeklagten
wurde ein Ankläger, der dem Reichstage zurief, daß er es in
der bisherigen Weise nicht weiter treiben dürfe.“

Einige Blätter wollen gerade in dieser schroffen Bemerkung
Bilows die Drohung mit einer Auflösung des Reichstages sehen.

Das Ende des Konflikts auf dem Balkan.

Belgrad, 31. März. Die Slupistina hat in öffentlicher
Sitzung die Vorzüge der Regierung über die Annahme der
Kollektionsnote nach der Rede des Ministerpräsidenten Nowo-
towski stillschweigend genehmigt.

Wien, 31. März. Der serbische Gesandte hat heute mittag
im Auswärtigen Amt die Antwortnote seiner Regierung über-
reicht. Die Note ist in jeder Richtung zufriedenstellend gehalten
und hat daher eine sehr gute Aufnahme gefunden. Morgen wird
der Gesandte, Graf Fergan, in Belgrad dem Beise der öster-
reichischen Regierung übermitteln.

Frankfurt a. M., 31. März. Die von dem serbischen Ge-
sandten in Wien heute überreichte Ergänzungsnote besagt, wie
der „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin berichtet wird: Nachdem
die Mächte die Annexion Bosniens und der Herzegowina an-
erkannt haben, werde sich Serbien jedes weiteren Protestes ent-
halten und freundliche Beziehungen zu Österreich hegen und sein
stehendes Heer auf den Standpunkt vom 1. Januar zurück-
führen.

Belgrad, 31. März. Im Nationalklub teilte der Justiz-
minister mit, die Regierung habe die volle Gewissheit, daß der
König fest entschlossen sei, sofort nach Lösung des österreichischen
Konflikts zugunsten seines Sohnes Alexander auf den Thron
zu verzichten.

Wien, 31. März. König Peter hat dem englischen und dem
russischen Gesandten in Belgrad mitgeteilt, daß er abzusenden
gedenke, er verlange eine Anspannung von 250 000 Frank und will
sich nach Nizza zurückziehen. Darüber, wer die Anspannung be-
zahlen soll, wird noch zwischen Belgrad, Petersburg und London
verhandelt.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 1. April.

F.S. — Driskrankenkasse für Holzarbeiter. Da eine ge-
nügende Klarheit über das künftige eingeführte Statut bei den
Mitgliedern noch nicht besteht, sei auf folgendes aufmerksam ge-
macht: Es wird in einigen Betrieben an jedem Zahlungstag
der Beitrag zur Kasse in Abzug gebracht, zum Teil alle 14 Tage der
halbe Monatsbeitrag, hieraus ergibt sich aber, daß, wenn nicht
vier Wochen davon freibleiben, ein Monatsbeitrag zuviel in Ab-
zug kommt, die Mitglieder mögen darauf achten. Die Klassen
sind folgendermaßen eingeteilt: Die Klasse II umfaßt Lehrlinge
und sonstige versicherungspflichtige Personen unter 17 Jahren,
die Klasse III weibliche Mitglieder über 17 Jahre, die Klasse IV
Arbeiter über 17 Jahre, die Klasse V Gehilfen aller Art, und
Klasse Va umfasst Werkmeister, Techniker und Kaufleute. Fol-
gende Beiträge sind zu zahlen:

	Beitrag pro Monat insgesamt	pro Woche vom Arbeiter	An Unter- stützung zahlt die Kasse pro Woche
II. Klasse	1,17 M.	0,18 M.	5,25 M.
III. "	1,56 "	0,24 "	7,00 "
IV. "	2,34 "	0,36 "	10,50 "
V. "	3,12 "	0,48 "	14,00 "
Va. "	3,51 "	0,54 "	15,75 "

-o- — Naturheilverein. Der Gruppentag am Sonntag in
Hagen war von 14 Vereinen durch 18 Delegierte besucht. Außer-
dem waren der Gruppenvorstand und eine Anzahl Laienpraktiker
und Naturärzte als Gäste anwesend. Bezüglich der zu betreiben-
den Agitation wurden die vom Delegierten Schred-Bielefeld ge-
machten Vorschläge akzeptiert. Es soll danach der Versuch un-
ternommen werden, die breite Masse der Bevölkerung für eine
naturgemäße Lebens- und Heilweise zu interessieren und mög-
lichst in allen Orten Vereine zu bilden. — Der Kassenbericht
pro 1908 schloß mit einem Bestande von 538,39 M. ab. — Zum
Gruppenvorstand wurde Herr Ehlert-Gütersloh gewählt. —
Bei der Beratung der Fragen, welche demnächst den Bundes-
tag beschäftigen werden, wurde zum Ausdruck gebracht, daß die De-
legierten einer Reorganisation im demokratischen Sinne das Wort
zu reden haben und darin wirken sollen, den Einfluß der Gemein-
heit der Mitglieder zu stärken. Im Prinzip erklärte die Gruppe
sich bereit, die Bundessteuer eventuell zu erhöhen. Als De-
legierte zum Bundesstake, welcher Pfingsten in Hamburg statt-
findet, wurden Gulemann-Herold, Schred-Bielefeld und Ehlert-
Gütersloh gewählt. Diese vertreten auf dem Bundesstake
2735 Mitglieder; die Gesamtmitgliedszahl des Bundes beträgt
135 422. — Den Schluß der Verhandlungen bildete ein flärender
Abwehrvortrag von Schred-Bielefeld über das „Körperliche Ge-
fühl“. Nebenher trat gerade im Interesse der Wissenschaft und
unbedingter Forschung dafür ein, mindestens den bestehenden
gelehrten Zustand zu erhalten. Alle staats-medizinischen Er-
dröfungsversuche, die gleichzeitig auch einen Eingriff in die
Gewerbefreiheit bedeuten, müßten aufs entschiedenste bekämpft
werden. Die anwesenden Naturärzte, Stabsarzt Dr. Koch-
Bielefeld und Dr. Grosse-Barmen, sowie der Bundespräsident
Braun-Berlin, erklärten sich in der Diskussion mit den Aus-
führungen des Referenten einverstanden. — In später Nach-
mittagsstunde wurden die Verhandlungen geschlossen.

Bielefelder Stadttheater

en. Mittwoch, 31. März: Gastspiel des Meistersängers zur
Laute, Robert Koth. Die Laute gehört nicht zu den Instru-
menten, durch welche klassische Musik dem Zuhörer übermittelt
wird. So liegt auch der Genuß, dessen der Hörer teilhaftig wird,
abseits von dem großen Strom der Entwicklung der Musik. Es
ist fähig auch nicht, es sind nur Kostbarkeiten für Feinschmecker.
Robert Koth selbst ist auch kein Sänger, der

Preiswertes Angebot

für Neuheiten in

Damen-Konfektion

Paletot	aus englischem Stoff mit Garnitur	6 ⁰⁰
Paletot	aus englischem Stoff ausgeschweift	10 ⁵⁰
Paletot	aus Homespun in modernen Frühjahrsfarben	14 ⁵⁰
Paletot	aus Kammgarn-Stoffen auf Seide	23 ⁰⁰
Paletot	aus neuen Fantasiestoffen in sehr eleganter Ausführung	37 ⁵⁰

Jackenkleid	aus englischen Stoffen mit modernen Tressen und Knopfgarnitur	25 ⁰⁰
Jackenkleid	aus Tuch in jeder Modelfarbe	29 ⁰⁰
Jackenkleid	aus Kammgarn oder Tuch ganz neue Form	42 ⁰⁰
Jackenkleid	aus feinstem Tuch, eleg. Verarbeitung mit langer Jacke	52 ⁰⁰
Jackenkleid	aus feinem Kammgarn in feinsten Ausführung	65 ⁰⁰

Frauenpaletot	Glockenform, reich garniert	17 ⁰⁰
Frauenpaletot	ausgeschweift, mit eleganten Tressen und Seidengarnitur	22 ⁰⁰
Frauenpaletot	in Tuch, elegante Ausführung	28 ⁵⁰
Frauenpaletot	in Seide, Tuch und Rips	45 ⁰⁰
Frauenpaletot	anschliessend, in hocheleg. Ausfühg.	52 ⁰⁰

Neue Kostümröcke. Neue Blusen. Neue Kinderkleider. Neue Mädchen-Paletots.

Besondere Auslage:
200 Blusen rein Wolle ganz gefüttert

Serie I 3⁷⁵ Serie II 4⁷⁵
Diese Blusen sind ganz aussergewöhnlich billig!

Gehr. Gottschalk

Niedernstrasse 29—31

BIELEFELD

Niedernstrasse 29—31.

Soeben eingetroffen:
Lebendfrische Schellfische
Hch. Hill. 1918

Uhren-Lager. 1902
= Spezialität: **Wanduhren** =
in grosser Auswahl.
Auf Wunsch bequeme Zahlungsbedingungen.
Zum Besuch des Lagers ohne Kaufzwang ladet ergebenst ein
Fr. Kralemann,
Siegfriedstrasse 50.

Hierdurch teile ich meiner verehrten Kundschaft ergebenst mit, daß das von mir bisher betriebene
Fleisch- u. Wurstwaren-Geschäft
am heutigen Tage durch Kauf an meinen Bruder, Herrn **Eduard Niermann**, übergegangen ist.
Für das mir während des 15jährigen Bestehens des Geschäfts in so reichem Masse bewiesene Wohlwollen sage ich herzlichsten Dank und bitte ich gleichzeitig, dasselbe auch auf meinen Bruder freundlichst übertragen zu wollen.
Hochachtungsvoll
August Niermann.
Brackwede, den 1. April 1909
Kaiserstrasse Nr. 99.
Telephon 1143.
Unter höflicher Bezugnahme auf obige Mitteilung bitte ich höflichst, das meinem Bruder geschenkte Vertrauen auch freundlichst mir zu erhalten. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meine verehrte Kundschaft durch feinste und prompteste Lieferung in jeder Weise zufrieden zu stellen.
Hochachtungsvoll
Eduard Niermann,
Schlachtermeister.
1904

Hüte!
Mützen
für Herren und Knaben,
letzte Neuheiten.
Klapphüte von 5 Mk. an.
Bielefelder Hut-Bazar
(Inh.: Richard Bingmann)
nur 27 Bahnhofstrasse 27.

An alle Radfahrer
richten wir die dringende Bitte, Fahrrad-Reparaturen, wie **Emailieren, Vernickeln usw.** möglichst jetzt vornehmen zu lassen. Diese lassen sich jetzt besser und billiger herstellen, als wie zu Beginn der Fahrsaison.
Ferner bringen wir unser großes Lager in **Fahrrädern** in empfehlende Erinnerung, speziell in **gebrauchten Rädern** haben wir eine **große Auswahl**, welche wir wegen Platzmangel **fabrikhaft billig** verkaufen. Falls Sie Bedarf hierin oder **Reparaturen** zu machen haben, wenden Sie sich vertrauensvoll an das
Ravensberger Fahrradhaus
Hilbert & Bertram,
Jöllenderstr. 99.
Erstes Spezialhaus für Fahrräder, Zubehörteile u. Reparaturen.
Achten Sie bitte genau auf Firma, Strasse u. Hausnummer.

Möbel aller Art, Betten, Herde, Anzüge
erhält jedermann bei wöchentlicher Abzahlung von
1 Mark an.
Möbel- und Waren-Kreditthaus
L. Bech,
Telephon 1459. Brunnenstr. 12a. Telephon 1459.

Karten
Avis-Einladungs-Eintritts-Fest-Geschäfts-Gratulations-Kondolenz-Menu-Speise-Verlobungs-Visiten-Wein-
liefert in sauberster Ausführung schnell und billig
Buchdruckerei „Volkswacht“, Bielefeld, Schulstrasse 20.
Herford. Herford. Rindfleisch,
gute Ware, das Pfd. 60 u. 65 Pfg., sowie gutes
Kalb- u. Schweinefleisch zu billigen Preisen.
Auch sämtliche **Wurstwaren** empfiehlt zu billigen Preisen
Wilhelm Esch,
Schlachtermeister,
Radewigerstrasse 6.

Nr. 77.

Deutsche

238. Sitzung vom 10. April 1909.
Am Bundesratssitzung:
Nachdem debattiertes
Widerlage gegen die
Proposition (Dr. Bp.) in
Leidigung erteilt ist, folgt
wärtigen Amt.
Zu dem Titel: Gehör
ein Antrag über die
tanzler möge auf Aufhebung
hinwirken, die, unter
Verträge, von ausländi
geftlicher Legiti
Arbeiter, die nicht im
weilung bedrohen.
Die Abgeordneten
mann, Gothein u.
Reichstanzler möge
tämpfung der un
Abg. Graf Sompe
ähnlichen Antrag einge
Abg. Koeren (St
Internationale Belämpf
Abg. Dr. Müller
den Antrag der Freisinn
nehmbar, weil er auf ein
das nicht existiere.
Staatssekretär v. S.
Antrag Müller-Meinung
sche Regierung hat eine
einberufen. Wir sind b
Abg. Lehmann (na
Jeffors Kahlenbed in La
an den Kundgebungen g
auch deutsche Studenten
Seite des Falles in B
(Recht oder Unrecht
Nachen bei den Soz.) S
nichts. (Bravo! rechts,
Herrn Staatssekretär, a
diesem Falle seine volle
auswärtigen Amtes, für
zutreten. (Bravo! bei de
Abg. Eichhoff (Br.
sei, daß der deutsche W
eines Schiedsgerichtsver
angeregt habe. Schiedsge
den Weltfrieden, obwohl
Im Falle Kahlenbed bin
ist wegen Insubordinati
müssen Separatisten gegen
links.)
Abg. Dr. Pfeiffer
kante in Bern in dieser
Staatssekretär v. S.
siben wir mit Großbrit
einigen Staaten zu ein
legenheit in Kaufmanne b
schreiben. Professor Kuhl
Vorlesungen ausgeschloß
es zu Rubestörungen in
anlassung des deutschen
die Polizei verhindert n
schliche infolge von Infu
Abg. Scheideman
Herrn, die sich mit solch
Heng legen, denselben G
Arbeiter im Auslande o
land handelt. (Sehr gut

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 77.

Bielefeld, Donnerstag, 1. April 1909.

20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

238. Sitzung vom Mittwoch, 31. März, 11 Uhr vorm.

Am Bundesratssitz: v. Schön.
Nachdem debattiert die Genehmigung zur Einleitung der Widerklage gegen die Abg. Dr. Mugdan (Fr. Vp.) und Kopsch (Fr. Vp.) in einem Privatklageverfahren wegen Verleumdung erteilt ist, folgt die Beratung des Etat des Auswärtigen Amtes.

Zu dem Titel: Gehalt des Staatssekretärs liegt ein Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) vor, der Reichstanzler möge auf Aufhebung der bundesstaatlichen Anordnungen hinwirken, die unter Verletzung der vom Reich geschlossenen Verträge, von ausländischen Arbeitern die Beschaffung entgeltlicher Legitimationskarten verlangen, und Arbeiter, die nicht im Besitze solcher Karten sind, mit Ausweisung bedrohen.

Die Abgeordneten Dr. Müller-Meinungen, Hausmann, Gothein und Genossen (Soz.) beantragen, der Reichstanzler möge der Frage einer internationalen Bekämpfung der unzüchtigen Literatur näher treten. Abg. Graf Gompech (Fr.) und Genossen haben einen ähnlichen Antrag eingebracht.

Abg. Roren (Fr.) begründet die Zentrumsresolution. Internationale Bekämpfung der Pornographie sei nötig.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Fr. Vp.) begründet den Antrag der Freisinnigen. Der des Zentrums sei nicht annehmbar, weil er auf ein internationales Gewerbeverbot hinweist, das nicht existiere.

Staatssekretär v. Schön: Das Auswärtige Amt hält den Antrag Müller-Meinungen für entsprechender. Die französische Regierung hat eine Konferenz zu der aufgeworfenen Frage einberufen. Wir sind bereit, sie zu beenden.

Abg. Lehmann (natl.) bringt den Fall des deutschen Professors Kahlenbeck in Lausanne zur Sprache. Dieser habe sich an den Kundgebungen gegen deutsche Professoren in Lausanne und deutsche Studenten beteiligt. Für uns kommt die nationale Seite des Falles in Betracht: „right or wrong my country“ (Recht oder Unrecht — mein Vaterland.) (Bravo! rechts, Lachen bei den Soz.) Herr Krant, Sie verstehen ja davon gar nichts. (Bravo! rechts, Lachen bei den Soz.) Ich frage den Herrn Staatssekretär, ob der deutsche Gesandte in Bern in diesem Falle seine volle Pflicht getan hat. Es ist Pflicht des auswärtigen Amtes, für die Ehre angegriffener Deutscher einzutreten. (Bravo! bei den Natl. und rechts.)

Abg. Eichhoff (Fr. Vp.) fragt an, ob die Meldung richtig sei, daß der deutsche Botschafter in Washington den Abbruch eines Schiedsgerichtsvertrages mit der Vereinigten Staaten angeregt habe. Schiedsgerichte seien zwar kein Allheilmittel für den Weltfrieden, obwohl ihre Wirkung eine segensreiche sei. Im Falle Kahlenbeck bin ich anderer Ansicht. Herr Kahlenbeck ist wegen Insubordination entlassen worden. Er war an gewissen Heftartikeln gegen die Universität beteiligt. (Hört, hört! links.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Fr.) bestreitet, daß der deutsche Gesandte in Bern in diesem Falle seine Schuldigkeit getan habe. Staatssekretär v. Schön: Einen Schiedsgerichtsvertrag befehlen wir mit Großbritannien und hoffen auch mit den Vereinigten Staaten zu einem solchen zu gelangen. Die Angelegenheit in Lausanne bot keinen Anlaß zu diplomatischem Eingreifen. Professor Kahlenbeck hat einen Studenten seinen Vorlesungen ausgeschlossen, wozu er nicht berechtigt war. Als es zu Aufstößen in seinen Vorlesungen kam, sind auf Veranlassung des deutschen Gesandten weitere Kundgebungen durch die Polizei verhindert worden. Die Entlassung war eine gerechtfertigte Folge von Insubordination. (Bravo!)

Abg. Scheidemann (Soz.): Ich möchte wünschen, daß die Herren, die sich mit diesem Eifer für Professor Kahlenbeck ins Zeug legen, denselben Eifer beweisen, wenn es sich um deutsche Arbeiter im Auslande oder ausländische Arbeiter in Deutschland handelt. (Sehr gut! bei den Soz.)

Alle bürgerlichen Parteien haben gestern unsere Resolution auf internationale Marineabrüstung abgelehnt. Im Auslande wird man das als friedensfeindliche Kundgebung auffassen. Allerdings, wie ich hinzufügen will, irrtümlicherweise. Nicht aus kriegerischer Gesinnung hat man unsere Resolution abgelehnt,

sondern aus Liebedienerei gegen die Regierung. Hätte die Regierung sie akzeptiert, so wäre sie mit Surra angenommen worden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Mit der britischen Arbeiterpartei haben wir ein Telegramm gewechselt. Sie ist von ganzem Herzen mit unserem Bestreben, dem Weltfrieden zu See Einhalt zu tun und das Krisenrecht abzuschießen, einverstanden. Wenn es nicht zum Kriege kommen soll, so muß es zu einer Verständigung über das Flottenbauprogramm kommen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das geht auch aus der Rede des englischen Ministers hervor. Ich kann nur hoffen, die Angelegenheit nimmt schließlich einen guten Ausgang, so wie es bei der Marokkoaffäre zuletzt auch der Fall war. Als wir aber vor 4 Jahren verlangten, die Regierung solle das tun, was sie jetzt endlich getan hat, da wurden wir natürlich als vaterlandslose Gesellen bezeichnet. Damals fiel hier das stolze Wort unseres modernen Reichstanzlers: „Uniere Politik wird nicht in der Salzhaut gemacht.“ Würde sie dort gemacht, dann wüßte man wenigstens einmal, wo sie gemacht wird. (Weiterkeit und sehr gut!) Jetzt weiß man nicht, wird sie in Potsdam, in Monaco oder auf Korfu gemacht. (Zuruf bei den Soz.: Oder in Liebenberg! Große Heiterkeit.)

Das Auswärtige Amt ist im höchsten Grade einer Reorganisation bedürftig. Die „Tägliche Rundschau“ bezeichnet es als den gefährlichsten Feind des deutschen Volkes. Sie schreibt, es gehe dort wie in einer Kinderkrippe zu. So werden 3. B. wochenlang Beamte damit beschäftigt, nachzusehen, ob vor zehn Jahren irgendeinem Würdenträger des Auslandes „danke“ oder „mit Dank“ geantwortet sei. (Große Heiterkeit.) Wenn es besser werden soll in der auswärtigen Politik, so müssen die Beziehungen zwischen Krone und Parlament andere werden. Das ist der springende Punkt. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Im November war sich alles hierüber einig, aber was ist gekommen? Nur eine Vermehrung der Geheimnisräumer.

Wenn die Beziehungen zwischen Krone und Parlament andere werden sollen, so darf vor allem auch das Parlament nicht länger ein Herrbild der Schichtungen des Volkes sein. Heute entspricht die Mehrheit dieses Hauses einer Minderheit im Volke. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Stärke Deutschlands hängt nicht davon ab, ob wir zwei oder drei Dreadnoughts mehr bauen. Wollen Sie ein starkes Deutschland, so schaffen Sie eines, stark durch Freiheit und Selbstbestimmungsrecht des Volkes, stark durch Verträge mit den Nachbarn. Wenn wir weiter kommen wollen, so darf nicht mehr die große Mehrheit des Volkes trotz aller Ergründungen der Kultur als Varias leben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Stresemann (natl.) bringt einen Fall zur Sprache, in welchem der Firma Böwe eine Patroneinfuhrung nach Mexiko entging. Der Antrag ging nach Österreich, weil das Auswärtige Amt ein

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

64. Sitzung vom Dienstag, den 30. März.

Am Ministertische: v. Breitenbach.

Präsident v. R. v. Scher eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Das Haus erledigte zunächst das zweite Verzeichnis der für die Plenarberatung ungeeigneten Petitionen durch Kenntnisnahme.

Eine Reihe weiterer, persönliche Interessen der Mitglieder berührende Petitionen werden dem Vorhange der Kommission gemäß, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Ebenfalls den Kommissionsbeschlüssen entsprechend wird eine Petition des Bundes deutscher Militärärzte in Berlin wegen Abhängigkeit der Arreststrafen für die unteren Beamten, der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Eine Petition des Rhein-Westf. Verbandes der Freunde evangelischer Freiheit in Köln wegen Verlegung der staatlichen Genehmigung der Beschlüsse der rheinischen und der westfälischen Provinzialparlamente, betr. das Wahlrecht, wird als Material überwiesen. Gemäß dem Kommissionsantrage wird eine Petition wegen Regelung der Ausstellungsbedingungen und der Besoldungsverhältnisse der akademisch vorgebildeten Kirchenmusiker der Regierung mit dem Ersuchen überwiesen, sie an die Kirchenbehörden zur Erwägung weiterzugeben.

Eine Petition der Frau Minna Schmidt-Bürsch in Berlin wegen Einführung des kommunalen Stimmrechts für grundbesitzende bzw. wirtschaftlich selbständige und steuerzahlende Frauen in den Städten beantragt die Kommission, durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen.

Abg. Fischbeck (Fr. Sp.) beantragt, diese Petition als Material zu überweisen.

Die Abg. Firich (Soz.) und Lufensky (natl.) unterstützen den Antrag Fischbeck, der aber gegen die Stimmen der Linken abgelehnt wird. Es bleibt also beim Uebergang zur Tagesordnung.

Es folgt die erste Lesung der Sechsbahnvorlage.

Eisenbahnminister v. Breitenbach begründet die Vorlage. Sie müßte geringere Anforderungen stellen, als im Vorjahr, aber sie bringt zum ersten Male eine Forderung zur Elektrifizierung einer Fernbahnstrecke. Damit ist der erste Schritt zur Elektrifizierung unserer Staatsbahnen getan. Bei der ständig zunehmenden Entwicklung der Elektrizitätsindustrie hat der elektrische Betrieb eine große Zukunft.

Abg. v. Quast (Soz.): Es war vorzuziehen, daß die Vorlage schärfer dotiert sein würde, als im Vorjahre. Die Einführung des elektrischen Betriebes auch im Fernverkehr bezwecken wir. Je mehr der elektrische Betrieb sich verbilligt, desto mehr wird er sich ausbreiten.

Abg. Wallenborn (Fr.): Wir billigen die Forderung für den Ausbau der Hauptbahnen, hätten aber gewünscht, daß für Nebenbahnen mehr ausgedacht worden wäre.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Bedauerlich bleibt, daß die Vorlage um die Hälfte hinter der des Vorjahres zurückbleibt. Von den Forderungen für Hauptbahnen entfällt das meiste auf die Berliner Gürtelbahn, für das Land bleibt so gut wie nichts übrig. (Sehr richtig!) Mit der Einführung des elektrischen Fernverkehrs sind wir jetzt einverstanden. (Beifall.) Neben- und Kleinbahnen halten wir für den wichtigsten Hebel der wirtschaftlichen Entwicklung; deshalb muß mehr für sie geschehen.

Abg. Frhr. v. Kottbus (freis.) bemängelt die zu langsame Umwandlung von Neben- in Hauptbahnen.

Minister v. Breitenbach: Es ist ja richtig, daß wir diesmal weniger für die Sechsbahnvorlage auswerfen mußten, als im Vorjahre. Aber man darf nicht vergessen, daß wir aus den früher bewilligten Mitteln noch 1 Milliarde 350 Millionen Mark an verfügbaren Mitteln für noch herzustellende Bahnbauten haben. Wir haben diesmal nur dort zugegriffen, wo Arbeitsmangel vorlag. Die Vorlage verteilt ihre Ausgaben genau zur Hälfte auf den Osten und den Westen.

Die Abg. Buttner (Soz.), Krause-Waldenburg (freis.), Dionysius (Soz.), Stüll (Fr.), Frhr. von Richthofen (Soz.) tragen lokale Wünsche vor.

Abg. Dr. Sackert (natl.) tritt für eine Bahnverbindung Göttingen-Weiltingen ein.

Abg. v. Strombeck (Fr.) wünscht eine Vollbahnstrecke Göttingen-Weiltingen.

Das Haus verlegt sich auf Mittwoch 2 Uhr: Fortsetzung.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Parteinachrichten.

Jubiläum. Der „Vorwärts“ von gestern, Mittwoch, 31. März, erscheint zur Feier seines 25jährigen Bestehens in einem Umfange von 48 Seiten inkl. Unterhaltungsblatt. Das 1884 ge-

gründete „Berliner Volksblatt“ wurde ab 1. Januar 1891, laut einem Beschlusse des ersten Parteitages nach dem Fall des Sozialistengesetzes, abgetrennt in Halle a. S. vom 12. bis 18. Oktober 1890, zum offiziellen Parteiorgan mit dem Titel „Vorwärts“, Berliner Volksblatt, und zum Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei bestimmt. Die Festnummer ist zum großen Teile dem Jubiläum gewidmet und enthält Artikel von Franz Mehring, A. Bebel, A. Kautsky, Viktor Adler (Österreich), Hermann Schüller (Amerika), Jean Jaures (Frankreich), E. Belfort Bay (England), J. Keir Hardie (England), Paul Jaurès (Frankreich), E. Vandervelde (Belgien), Pablo Iglesias (Spanien), G. Besenow (Rußland) und einen Brief Jules Guesdés. Der Jubiläumsartikel ist von Paul Singer. Ferner ist die Titelseite der Nr. 1 des „Berliner Volksblatts“ vom Sonntag, 30. März 1891, und die Titelseite der Nr. 1 des „Vorwärts“ vom Donnerstag, 1. Januar 1891, zum Abdruck gebracht. Der „Vorwärts“-Betrieb ist auf 4 Seiten veranschaulicht. Wegen die Berliner Genossen auch weiter befreit sein, dem „Vorwärts“ die Bedeutung zu verschaffen, die ihm entsprechend der großen sozialdemokratischen Wählerkraft Groß-Berlins zukommt. Dazu unser herzlichstes „Glückwunsch!“

Geschäftssozialismus. In Nürnberg und wahrscheinlich auch in anderen Parteiorienten werden folgende Prospekte verbreitet:

Nürnberg, Datum des Poststempels.

Werter Genosse!

Einem vielseitigen Wunsche entsprechend und mit der gütigen Erlaubnis der werten Angehörigen des Verstorbenen habe ich die Mitte des Genossen Grillenberger in künstlerischer Ausführung herzustellen mich entschlossen.

Mit unserm Führer, der unsre Partei in der schwersten Zeit — und unter dem Ausnahmegeretz — in der zielbewußten Weise zum Siege führte, in steter geistiger Verbindung zu bleiben und so zugleich als schönen Erinnerungsstück stets vor Augen zu haben, ist der Zweck der Darstellung. Um unser Parteilife einen fröhlichen Zulauf zu lassen, wird pro Büste 10 Pfg. in die Büste abgeführt werden. Wie Sie sehen, ist der Zweck ein doppelter: das Andenken unsres Führers zu wahren und die Stärkung der Parteilasse. Auch habe ich unsre andern Führer: Bebel, Liebknecht

Braune Schuhe! Moderne Schuhe!

Billiges Angebot!

Braune Kinderstiefel Ziegenleder, breite Form,
Grösse 20/22 2.45, 23/24 2.95, 25/26 **3⁶⁵**

Braune Kinderstiefel echt Chevreaux, breite Normalform,
Gelegenheitskauf Grösse 27/30 5.25, 31/35 **5⁷⁵**

Braune Damenstiefel mit und ohne Lackkappe,
echt Chevreaux, Gelegenheitskauf **8⁷⁵**

Braune Damenstiefel echt Chevreaux,
in schlanker französischer und
breiter Amerikaner-Form. **10⁵⁰**

Braune Damenstiefel in den feinsten Ausführungen,
dem verwöhntesten Geschmacke
Rechnung tragend 16.50, 14.50, **12⁵⁰**

Braune Halbschuhe echt Chevreaux,
streng moderne Ausführung, breite Schleifen, 10,50 **8⁵⁰**

Braune Herrenstiefel echt Chevreaux,
Gelegenheitskauf **10⁵⁰**

Braune Herrenstiefel die vornehmsten Marken, die
besten und beliebtesten Formen, 18.50, 15.50, **12⁵⁰**

Hesse & Co., Bielefeld,
Rathausstrasse 1.

Zum Butterbrot und zum Festgebäck

sind die beiden Van den
Bergh'schen Margarinemarken
„Clever Stolz“ und „Vitello“
gleich unübertroffen, da sie
feinste Naturbutter bei be-
deutend billigerem Preise
:: vollwertig ersetzen. ::

Zu haben in den besseren Kolonialwarenhandlungen.

Badezeiten vom 1. April 1909 ab. Städtische Badeanstalt

Güterloherstrasse 20.

1. Schwimmbäder für Männer:

vormittags nachmittags
von 6 bis 8 Uhr, von 5 bis 8 Uhr, jeden Sonn-
von 11 bis 1 Uhr, abend bis 10 Uhr.

2. Schwimmbäder für Frauen:

Von 8 bis 11 Uhr, von 3 bis 5 Uhr,
außerdem jeden Donnerstag von
8 bis 9 Uhr.

3. Wannenbäder für Männer und Frauen:

von 6 bis 1 Uhr, von 3 bis 8 Uhr, jeden Sonn-
abend von 3 bis 10 Uhr.

Rassenschluß 1/2 Stunde vor den festgesetzten Endzeiten.
An Sonn- und Festtagen ist die Anstalt geschlossen.

Brausebad II, Siebenmarschstrasse. Brausebad III, Weberstrasse.

Wochentags mit Ausnahme der Montage von 7 bis 1 Uhr,
von 2 bis 8 1/2 Uhr, jeden Sonnabend bis 10 Uhr.
Sonntags von 6 bis 9 Uhr.

Brausebad I (2. Bürgerstraße), Rohrteichstrasse.

Brausebad IV (10. Bürgerstraße), Gutenbergstrasse.

Für Männer:

Jeden Sonnabend, nachmittags von 4 bis 10 Uhr;
jeden Sonntag, vormittags von 6 bis 9 Uhr.

Für Frauen:

Jeden Freitag, nachmittags von 5 bis 9 Uhr.
Rassenschluß 20 Minuten vor den festgesetzten Endzeiten.

Der Magistrat Bielefeld.

Kinematographen-Theater zur alten Post.

Prachtvolle Neuheiten gelangen zur Vorführung.

Der Sturm an der Silberküste.

Wunderbar schöne vielfarbige Seebilder, abwechselnd mit großartigen Felsforma-
tionen, die von der aufgeregten brandenden Flut überspült werden.

Unser armes Kind.

Ein rührendes Familiendrama. Das Kind eines jungen Ehepaares führt aus
dem Fenster und stirbt. Der verzweifelte Vater ergreift sich dem Trunk und kommt
durch Not und Elend immer mehr herab. Als beide Gatten die Trennung be-
schließen und das Gut teilen, kommen ihnen die Kleidungsstücke des Kindes in
die Hände und von der Erinnerung übermannt finden sich beide verjüngt in die Arme.

Wintersong in der Auvergne.

Touristenfreuden in einer französisch. Winter-
landschaft.

Humoreske!

Ein trotziger Mieter.

Flitterwochen feiern junge Leute in einer gemieteten Villa und als sie
ein neuer Mieter daraus verdrängen will, erfinden sie allerhand Wä-
nlichkeiten, um den Nachfolger zu vertreiben.

Mitleid und Liebe.

Episode aus einer Erdbebenkatastrophe. Durch einen Schiffskapitän wird
die Tochter eines dortigen Einwohners gerettet und auf sein Fahrzeug
geführt. In der Refugialszene lernen sich beide kennen und lieben und
schließen auf hoher See den Bund fürs Leben.

Der Hund des Schiffsjungen.

Bei einer Rattenplage wird der Schiffsjunge zum Retter des Kapitäns. Aus Rache entführen die Aufrührer den Jungen nach einer
wüsten Insel. Sein Hund aber schwimmt ihm nach und bringt den Schiffskommandanten an den Ort der Aussetzung, wo der Knabe erlöst wird.

Ein eifersüchtiger Gatte.

Blind und toll vor Eifersucht verfolgt ein Gatte seine unschuldige
Frau und der Konflikt wird auf uftigste Weise durch ein
Haarbüschel gelöst.

Geld oder Leben.

Banditen nehmen eine englische Familie gefangen und ergreifen
für deren Freilassung hohes Lösegeld.

Der Sultan der Türkei.

Aktuelles Tonbild mit prächtendem
Text.

Stadttheater.

Heute, abends 7 1/2 Uhr: